

Anstöße der Postwachstumsbewegung für eine sozial-ökologische Transformation

Mit besonderem Fokus auf Ernährungssicherheit



Die Staatengemeinschaft setzt mit ihrer Agenda 2030 auf „inklusives und nachhaltiges Wachstum“. Die Postwachstumsbewegung sieht die Wachstumsfixierung dagegen kritisch; sie verweist auf die planetarischen Belastungsgrenzen und die sozialen Folgen von verschärftem Konkurrenz- und Wettbewerbsdenken. Wachstum ist jedoch weder pauschal abzulehnen noch ein wirtschaftspolitischer Selbstzweck. Notwendig ist eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die Innovationen und eine effiziente Nutzung von Ressourcen befördert; wichtigstes Instrument sind verursachergerechte Preise des Umweltgebrauchs. Die damit verbundenen Verteilungseffekte sind durch geeignete Maßnahmen sozialverträglich abzufedern. Die Postwachstumsbewegung weist zudem zurecht darauf hin, dass die strukturellen Veränderungen durch einen tiefgreifenden Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandel vorzubereiten und zu ergänzen sind; das wird am Beispiel der Ernährungssicherheit verdeutlicht.



Johannes Wallacher

Das Kilogramm Schweineschnitzel für 3,99 Euro, ein neues T-Shirt für 1,99 Euro, der Flug für den Kurztrip nach London, der kaum teurer ist als das S-Bahn-Ticket zum Flughafen – ist das ein Schnäppchen oder ein Problem? Nun, manchmal ist es beides und die Zweifel, die uns bei solchen Angeboten kommen, verweisen auf eine der zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen für die Zukunft: Steigern immer mehr Konsum, Preiswettbewerb und Wachstum tatsächlich Wohlergehen und Lebensqualität? Oder schaffen sie nur vermeintlich und vorübergehend mehr Zufriedenheit – zumal wenn die wahren Kosten dafür offensichtlich auf andere abgewälzt werden?

Die Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ hat sich im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz dieser Frage angenommen und in

ihrer Studie „Raus aus der Wachstumsgesellschaft?“ untersucht, welche Bedeutung Wirtschaftswachstum für eine nachhaltige Entwicklung hat. Die Studie knüpft an die Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus an, für den die sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit untrennbar miteinander verknüpft sind und daher nur gemeinsam gelöst werden können. Diesen Im-

puls hat die internationale Staatengemeinschaft wenige Monate später im September 2015 mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihren 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDG: Sustainable Development Goals) aufgegriffen und sich dazu verpflichtet, gemeinsam die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung aller Staaten zu schaffen.

Unübersehbare Spannungsfelder zwischen SDGs

Die SDGs sind ethisch ambitionierter als ihre Vorläufer, die Millenniumsentwicklungsziele. Denn bis 2030 sollen die extreme Armut vollständig beseitigt und gleichzeitig auch zentrale ökologische Herausforderungen (v.a. SDG 13–15) bewältigt werden. Die SDGs richten sich zudem nicht nur an ärmere Länder, sondern an alle Staaten, da u.a. auch

die institutionellen und rechtsstaatlichen Voraussetzungen einer wirklich inklusiven Gesellschaft mitbedacht werden sollen (SDG 16). Damit erkennen die UN-Mitgliedsstaaten an, dass es nicht nur verbreitete Formen der Unterentwicklung, sondern auch der Fehlentwicklung gibt, die durch geeignete Reformen zu korrigieren sind.